

# Stadt Marienmünster

Der Bürgermeister



## Niederschrift

03/040/2023

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen**  
am **Mittwoch**, dem **03.05.2023**, von **18:00 Uhr** bis **21:30 Uhr**  
im **Sitzungssaal des Rathauses**

### Anwesend:

Vorsitzende/r

Jutta Fritzsche

Ordentliche Mitglieder

Josef Büker

Marcus Kaiser

Hermann Müller

Stefanie Pohlmeier

Josef Wolff

stellv. Mitglieder

Klaus-Peter Gosse

Thorsten Hölting

Rainer Neumann

Elmar Stricker

Protokollführer

Stefan Niemann

von der Verwaltung

Klaus Hasenbein

Martin Stamm

bis TOP 9

bis TOP 2

### Abwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Sybille Mocker-Schmidt

Ordentliche Mitglieder

Uwe Bickmann

André Budde

Reinhard Lammersen

Dominik Wichmann

Presse

Neue Westfälische

Zuhörer  
6 Bürger.

## Öffentlicher Teil

### **1. Eröffnung der Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende, Jutta Fritzsche, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

### **2. Verwendungsvorschläge kleiner Ökofond Klimaschutz Vorlage: 707/2023**

Martin Stamm stellt Vorschläge der Verwaltung zur Verwendung des Ökofonds anhand der Sitzungsvorlage vor. Er ergänzt die Vorlage um einen fünften Vorschlag, der finanziellen Unterstützung bei der Anschaffung von Balkonkraftwerken/-solaranlagen. Hierzu lägen der Verwaltung bereits zwei Anfragen vor.

Hinsichtlich des Vorschlags der Sammelkarte „Brötchen ohne Auto“ relativiert Herr Stamm, dass nach Gesprächen mit den lokalen Bäckern die Umsetzung wohl eher schwierig werden dürfte. Zum einen seien bereits diverse eigene Bonusprogramme und Sammelkarten der Unternehmen im Umlauf, zum anderen sei aufgrund der Entfernung und die damit verbundenen mit dem Rad zurückgelegenden Kilometer der kleineren Ortschaften zu den Bäckereien eine Ungleichbehandlung der Bürger gegeben.

Bei dem Vorschlag zum Austausch der Kühlgeräte seien genaue Vorgaben für die zu erreichende Effizienzklasse zu machen. Außerdem weist Herr Stamm nochmal auf die Wichtigkeit des Nachweises für die Entsorgung hin, damit die Altgeräte nicht anderweitig genutzt würden und dadurch weiterhin hohe Stromverbräuche verursachen.

Der Vorschlag des „Wir-Waldes“ benötige nach Aussage von Herrn Stamm einiger Vorlaufzeit zur Flächenakquise und sei deshalb realistisch erst im nächsten Jahr umsetzbar.

Elmar Stricker weist auf die Wichtigkeit der Abstimmung mit den örtlichen Revierförstern hin, damit etwaige Einschränkungen für die Wildtiere von vorn herein ausgeschlossen werden können.

Josef Büker bittet um Einbindung der Ortsausschüsse nach Auswahl geeigneter Flächen.

Marcus Kaiser regt an, zusammen mit dem Forst für die jeweiligen Flächen gezielt einige Baumarten festzulegen, die von der Art her aufeinander abgestimmt sind.

Elmar Stricker nennt als möglichen zusätzlichen Förderzweck für eines der Folgejahre, einen finanziellen Anreiz für den Rückbau von Steingärten zu schaffen.

Es ergeht abschließend folgender Beschluss zur Verwendung der Mittel aus dem Ökofond:

**Beschluss:**

Die zur Verfügung stehenden Mittel für ökologische Ausgleichsmaßnahmen sollen als Zuschuss für die drei Förderziele „Prämie beim Austausch von Kühlgeräten“ (Festbetrag je Effizienzklasse), „Anschaffung von Regentonnen und Auffangsystemen“ (20 % des Kaufpreises) und „Anschaffung von Balkonkraftwerken“ (15 % der Anschaffungskosten), in der vorgestellten Form verwendet werden.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig bei 1 Enthaltung.

### **3. Ausführung Fußweg Verbindung "Am Westerberg - Schweizerburg Weg Kollerbeck" Vorlage: 706/2023**

Klaus Hasenbein stellt kurz anhand von Grundrissen des Planungsbüros die zwei erarbeiteten Ausführungsvarianten laut Vorlage vor. Bei der Ausführung als Rampe könne aufgrund der Topografie und der Eigentumsverhältnisse lediglich eine barrierearme Lösung geschaffen werden. Für eine rollstuhlgerechte, barrierefreie Ausführung dürfe nur ein Gefälle von maximal 6 % vorliegen, laut Planung müsse die Steigung vor Ort aber mit 15 % überbrückt werden.

Josef Büker verweist auf die Beschlussempfehlung des Ortsausschusses, wonach der Verbindungsweg als Rampe ausgebildet werden soll.

Klaus Hasenbein erklärt auf Nachfrage, dass eine Treppe mit Betonblockstufen, eine Rampe mit Pflastersteinen ausgeführt würde. Außerdem weist er auf die vorgesehene Anbringung von Geländern zur Talseite hin und auf Hindernisse im Ein- und Ausfahrtsbereich der Rampe, damit Kinder nicht mit etwaigen Fahrzeugen ungebremst auf die Straße rollen.

Herr Niemann betont nochmals die Beitragspflicht der Anwohner der Straße Am Westerberg und den Beitragssatz nach BauGB in Höhe von 90 %.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig eine Anwohnerbeteiligung zur Auswahl der Ausführungsart des Verbindungsweges zwischen Schweizerburg Weg und Am Westerberg durchzuführen und das Ergebnis dann anschließend direkt im Rat vorzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig.

### **4. Vorstellung Anbau Mehrzweckraum Kindergarten Kollerbeck**

Stefan Niemann stellt die von Nicole Klages erstellte Entwurfszeichnung des möglichen Anbaus an den Kindergarten Kollerbeck vor. Der Kindergarten benötige zusätzliche Stellfläche für Spielzeug, Bastelmaterial und andere Utensilien. Ursprünglich sei ein kleiner Anbau an das oh-

nehin in diesem Haushaltsjahr vorgesehene Carport der Feuerwehr geplant gewesen. Zu diesem Zeitpunkt seien allerdings auch teilweise noch Unterstellmöglichkeit in der nahegelegenen Asylbewerberunterkunft vorhanden gewesen. Diese stehe nicht mehr zur Verfügung und die Utensilien des Kindergartens seien nun schon kurzfristig in die Duschräume der Sporthalle umgelagert worden, die allerdings aufgrund des Abrisses des Sportgebäudes auf dem Sportplatz ebenfalls kurzfristig wieder benötigt würden. Am Anfang der Woche seien nun zwei Überseecontainer auf dem Vorplatz des Kindergartens aufgestellt worden, in denen übergangsweise eine Lagermöglichkeit gegeben ist.

Die Schaffung zusätzlichen (unbeheizten) Stauraums für den Kindergarten sei unumgänglich und auch auf Dauer notwendig, weshalb nun eine finale Lösung in Form eines farblich auf die Fassade des Gebäudes abgestimmten Anbaus geplant sei. Dieser Anbau mit einer Grundfläche von 5 x 6 m sei kalkuliert worden und Kosten in Höhe von 35.000 € ermittelt worden. Das Carport schlage zusätzlich mit etwa 10.000 € zu Buche. Im Haushalt seien für Carport inklusive Anbau allerdings nur 25.000 € eingeplant.

Herr Niemann bittet um interne Beratung in den Fraktionen und Entscheidung in der kommenden Ratssitzung.

Die Ausschussmitglieder bestätigen die Möglichkeit der Entscheidung im Rat am 24.05.

## **5. Ursachenermittlung Nitratwerte Brunnen Vörden - Antrag Die GRÜNEN**

Rainer Neumann stellt den Fraktionsantrag vor.

Stefan Niemann berichtet, dass die Hochschule OWL Bereitschaft signalisiert hat, eine Bachelor-/ Masterarbeit zu dem Thema anfertigen zu lassen, sofern ein Student/eine Studentin Interesse bekundet.

Klaus Hasenbein ergänzt, dass eine Ausarbeitung der HS allerdings nur zur Grundlagenermittlung dienen kann. Für eine differenzierte Bewertung der Ursachen der Nitratbelastung sei die Bestimmung des Einzugsgebiets erforderlich und damit verbunden, auch die Verläufe der wasserführenden Schichten zu ermitteln, was von der HS nicht geleistet werden könne. Eine Aussage zu den Ursachen bedürfe eine aufwendige Grundlagenermittlung, die sicherlich Kosten im Bereich zwischen 60.000 und 80.000 € auslösen würde.

Auf Nachfrage erklärt Herr Hasenbein, dass der letzte gemessene Nitratwert des Brunnens bei 52 mg/l gelegen habe, der Grenzwert bei 50 mg/l liege und durch Verschneidung mit dem Wasser aus dem Brunnen in Bredenborn Trinkwasser mit einem Nitratwert von etwa 35 mg/l in den Verkauf gelange.

Auch berichtet Herr Hasenbein von einer Verbesserung der gemessenen Werte in den vergangenen Jahren und über mögliche Ursachen dieser positiven Tendenz.

Nach einiger Diskussion und Spekulation über Ursachen wird als erster Aufschlag die Grundlagenermittlung der HS OWL präferiert und folgender Beschluss gefasst.

### **Beschluss:**

Die Hochschule OWL soll um Anfertigung einer Bachelor-/Masterarbeit zur Grundlagenermittlung der Ursachen der Nitratbelastung gebeten werden. Die Verwaltung wird beauftragt eine Anfrage zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**

7 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen.

**6. Verpflichtender Einbau von Zisternen in Neubauten - Antrag Die GRÜNEN**

Rainer Neumann stellt den Antrag der Fraktion Die GRÜNEN vor.

Stefan Niemann ergänzt als Grundlage für die Beratung, dass die Satzung der Stadt derzeit bereits den Anschluss versiegelter Flächen an Zisternen erlaubt. Die Regenwassergebühr für die betroffene Fläche betrage dann nur 50 %, also derzeit 0,22 €/m<sup>2</sup>. Voraussetzung sei zudem, dass der Überlauf der Zisterne wieder dem öffentlichen Kanal zugeführt werde.

In Marienmünster seien im Jahr 2022 insgesamt Niederschlagswassergebühren in Höhe von rund 255.000 € eingenommen worden.

Josef Wolff berichtet nach eigener Recherche, dass eine Zisterne bei der Nutzung rein für Gartenwasser etwa Kosten in Höhe von 3.500 – 4.000 € auslösen könnte. Bei Einbindung der sanitären Einrichtungen des Wohnhauses in das System sei mit Kosten von 10.000 – 12.000 € zu rechnen, zzgl. lfd. Wartungs-/Instandhaltungskosten und der Kosten einer zusätzlichen Wasseruhr für Brauchwasser, das der Kanalisation zugeführt wird.

Herr Wolff bevorzugt die Schaffung eines Anreizsystems, anstatt einer Verpflichtung für Neubauten. Es könne beispielsweise die Beschaffung einer Anlage mit 10 % gefördert werden.

Herr Müller und Herr Stricker bekräftigen den Ansatz eines freiwilligen Anreizsystems.

Es ergeht nach einiger Diskussion nachfolgende Entscheidung.

**Beschluss:**

Für jeden Neubau in Marienmünster soll eine Zisterne verpflichtend vorgeschrieben werden.

**Abstimmungsergebnis:**

2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

**7. Anbindung Ortschaft Kollerbeck an Radweg Abtei/Schwalenberg - Antrag Die GRÜNEN**

Rainer Neumann stellt auch diesen Antrag vor und nennt insbesondere die touristische Erschließung der Ortschaft Kollerbeck als wichtigen Aspekt.

Stefan Niemann zeigt einen Streckenentwurf des Kollegen Thomas Strathmann von der Stadt Höxter, der eine Route über Münsterbrock, Sommersell, Rolfzen, Hagedorn und Ruensiek als Alternative für eine touristische Erschließung von der Abtei nach Schwalenberg vorschlägt.

Bei der bislang von der Verwaltung favorisierten Lösung eines direkten Weges über Born sind ab der Stadtgrenze zur Nachbarstadt ebenfalls zwei Alternativen denkbar. Die eine Route führe über den Niesetalweg, sei aber in diesem Abschnitt sehr naturbelassen und als Graswanderweg ausgestattet. Bei einer Ertüchtigung für den Radverkehr und der damit verbundenen Befestigung von etwa 500 m verliere der Niesetalweg höchstwahrscheinlich seine Zertifizierung, was in keinem Fall passieren dürfe.

Die andere Variante verlaufe über einen rund 2 km langen Grasweg, dessen Befestigung hohe Kosten verursachen und vermutlich auch Kompensationen erforderlich mache.

Herr Niemann erklärt, er sei weiter in Gesprächen mit der Stadt Schieder-Schwalenberg, mit einem kurzfristigen Ergebnis sei aber nicht zu rechnen.

Josef Büker betont ebenfalls die Wichtigkeit des Radtourismus für Kollerbeck, nennt aber zudem die Verbindung insbesondere nach Lügde, die mindestens genauso wichtig sei und ebenfalls geprüft werden solle.

Josef Wolff mahnt, dass bei allen Überlegungen nicht außer Acht zu lassen ist, dass auch die derzeit großzügigen Fördergelder und die Arbeit im Bauamt von jedem Bürger der Stadt (mit-) finanziert werden müssen.

Stefan Niemann verspricht, weiter an der Verbindung über Born zu arbeiten, die eine Erschließung von Kollerbeck automatisch beinhalte.

Einige Ausschussmitglieder argumentieren, dass der Antrag in dieser Form, ohne weitere Recherche des Bauamtes, nicht entscheidungsreif ist. Deshalb ergeht abschließend folgende Entscheidung über den Antrag.

#### **Beschluss:**

Die Ortschaft Kollerbeck soll an den derzeit geplanten Radweg zwischen der Abtei und Schwalenberg angeschlossen werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

### **8. Sachstand [insb. zeitlicher Ablauf] zum sachlichen Teilflächennutzungsplan "Windenergie" - Antrag CDU**

Stefan Niemann berichtet über den Sachstand des Verfahrens zur Aufstellung eines sachlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“.

Er habe die Unterlagen zur erneuten Offenlage in den letzten Tagen durchgearbeitet und mit Anmerkungen an das Planungsbüro zurückgeschickt. Mit dem Planungsbüro sei abgestimmt, dass der Beschluss zur Offenlage möglichst in der nächsten Ratssitzung am 24.05.2023 gefasst werden soll.

Inhaltlich könne er vorab schon mitteilen, dass die 180 m zusätzlicher Schutzpuffer für die Wohnbevölkerung aus der ersten Offenlage nicht mehr angewendet worden seien. Die übrigen Kriterien hätten sich nicht viel verändert. Im Ergebnis werde dadurch ein höherer prozentualer Anteil an der Potenzialfläche für die Windenergie zur Verfügung gestellt. Dies sei auch erforderlich, da die Bezirksregierung im Rahmen der landesplanerischen Anfrage sehr deutlich gemacht habe, dass die knapp 13 % aus der ersten Offenlage zu sehr an der in der Rechtsprechung gefestigten 10 %-Regelung orientiert seien, aber zu wenig am substantziellen Raum für Wind-

energie. Die Tendenz der Bezirksregierung für die ab Februar geplante eigene Festlegung von Windzonen werde also schon sehr deutlich erkennbar und Marienmünster sei gut beraten, das Verfahren mit einem höheren Prozentsatz abzuschließen.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

## **9. Wohnmobilstellplätze Vörden Schützenplatz / Mängelbeseitigung - Antrag CDU**

Klaus Hasenbein berichtet zum Sachstand, das in der vergangenen Woche Gespräche mit dem Schützenvorstand stattgefunden haben und durch einen wechselseitigen Tausch der beiden Zelteile die Platzierung nach wie vor möglich sein müsste.

Laut Aussage von Thorsten Hölting soll am kommenden Freitag ein Termin mit dem Zeltverleiher stattfinden, der dann eine endgültige Aussage zum Tausch der beiden Zelteile geben kann.

Herr Niemann schlägt vor, den Termin am Freitag abzuwarten und dann eine Entscheidung zum weiteren Vorgehen zu treffen. Insgesamt sei die Ausführung der Maßnahme nach den geltenden Regeln der Technik durchgeführt worden, auch wenn das Ergebnis jetzt nicht zufriedenstellend ist. Eine Lösung zur kostenneutralen Änderung habe er derzeit auch noch nicht parat und er hält es daher für sinnvoll, die Stellplätze für die Dauer der Landesgartenschau nun erstmal so zu lassen und dann eine Entscheidung über den Verbleib zu treffen.

## **10. Antrag auf Errichtung einer Windenergieanlage - Information über gemeindliches Einvernehmen**

Stefan Niemann berichtet von einem vorliegenden Antrag zur Errichtung einer Windenergieanlage in der Gemarkung Altenbergen, westlich der Ortschaft. Der Antrag sei überraschend ohne Vorinformation eingereicht worden, sodass der Zeitraum zur Vorbereitung und Entscheidung relativ kurz ausgefallen sei. Er zeigt einen Lageplan und eine Visualisierung zu der Anlage.

Im Ergebnis habe er den Antrag geprüft und keine Gründe gefunden, die die Versagung des gemeindlichen Einvernehmens rechtfertigen würden. Lediglich im Bereich des Denkmalschutzes werde der Kreis Höxter eine Nachbesserung beim Antragsteller fordern, die dann aber auch abschließend vom Kreis geprüft werde.

Der Standort sei in den Unterlagen zur erneuten Offenlage des sachlichen Teilflächennutzungsplanes als mögliche Konzentrationsfläche genannt, sodass das Vorhaben auch dem künftigen Flächennutzungsplan entspreche. Er werde daher in den nächsten Tagen das gemeindliche Einvernehmen an den Kreis Höxter versenden.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

## **11. Mitteilungen und Anfragen**

Keine Mitteilungen oder Anfragen.

## 12. Fragen von Einwohnern

Die Frage nach der Häufigkeit der Prüfung der Nitratwerte des unter TOP 5 behandelten Trinkwasserbrunnens in Vörden kann nicht abschließend beantwortet werden.

Nachrichtlich zum Protokoll:

Die Nitratwerte werden im offiziell vorgeschriebenen Verfahren zweimal jährlich geprüft.

Ein weiterer Zuhörer regt an, die Nitratwerte monatlich durch das Chemische Untersuchungsamt prüfen zu lassen, das auch die Messwerte auf der Kläranlage prüfe. Diese Messung sei dann zwar nicht amtlich, zeige aber dann monatliche Schwankungen für die Ursachenerforschung auf. Die Nachbarstadt Nieheim mache damit gute Erfahrungen.

Nachrichtlich zum Protokoll:

Auch die Mitarbeiter der Kläranlage können den Nitratwert bestimmen und haben dies für den Brunnen Vörden vor einiger Zeit auch schon mal regelmäßig getan, allerdings ohne besondere Erkenntnisse.

Die weitere Anfrage nach der Anzahl der derzeit neu genehmigten Windenergieanlagen im Stadtgebiet wird von Stefan Niemann beantwortet.

gez. Jutta Fritzsche  
Vorsitzende/r

gez. Stefan Niemann  
Protokollführer/in